

Zusammenfassungen

Christoph Boyer, Lange Entwicklungslinien europäischer Sozialpolitik im 20. Jahrhundert: Eine Annäherung

Untersucht werden die Entwicklungslinien europäischer Sozialstaatlichkeit vom späten 19. Jahrhundert bis heute. Sozialpolitik ist Teil der Antwort auf die Herausforderungen der sich entwickelnden Massen-Industriegesellschaft, im Rahmen einer wachsenden Intensität von Planung, Steuerung und Verwissenschaftlichung des Sozialen. Verglichen werden, mit Blick auch auf die Vorgeschichten, Voraussetzungen und Rahmenbedingungen, zwei Variationen zum Thema: der demokratisch-neokorporatistisch-keynesianische Sozialstaat westlicher Industriegesellschaften und die staatssozialistische Sozialpolitik. Nach 1989 mündet der Pfad „des Ostens“ in den „des Westens“. Das westliche Sozialstaatsmodell als vermeintlicher Sieger der Geschichte steuert im Kontext des Wandels von der fordistischen Industrie- zur „elektronischen Dienstleistungsgesellschaft“ und unter den Vorzeichen der Globalisierung in eine gravierende Krise.

Jost Dülffer/Anja Kruke, Von der Geschichte der Europäischen Integration zur Gesellschaftsgeschichte Europas nach 1945

Der Beitrag analysiert den schwierigen Weg, der zu einer europäischen Sozialgeschichte noch zurückzulegen ist. Er geht von dem Befund aus, dass die Institutionengeschichte der europäischen Integration erst in den letzten drei Jahrzehnten intensiver betrieben wurde. Dabei wurde jedoch einerseits ein zentraler Schwerpunkt in der politischen Geschichte gesucht, der sich erst in jüngerer Zeit ausweitet. Andererseits sind die Erfolgserzählungen einer permanenten Ausweitung, Vertiefung oder auch Beschleunigung des Prozesses selbst fragwürdiger geworden. In diesem Aufsatz wird versucht, den je unterschiedlich strukturierten Geschichtsraum West- und Osteuropas zu umreißen, die unterschiedlichen Narrative und die zugrunde liegenden Strukturen zu bestimmen. Dabei wird zugleich danach gefragt, inwieweit eine Gesellschaftsgeschichte bereits im Entstehen begriffen und wie diese konturiert ist oder sein könnte. Dazu werden sektoral vorliegende Ergebnisse herangezogen. Schließlich werden auch Ansätze systematischer Wissenschaften wie der Politik- und Sozialwissenschaft einbezogen und auf ihre Ergiebigkeit für historische Fragestellungen geprüft. So entsteht ein breites Panorama einer bereits in Fragmenten existierenden und noch zu entwickelnden Gesellschaftsgeschichte Europas nach 1945.

Thomas Fetzer, Europäisierung und ‚Nationalisierung‘. Deutsche Gewerkschaftspolitik bei Ford (1967-1989)

Der Aufsatz leistet einen Beitrag zur europäischen Gewerkschaftsforschung. Er knüpft an neuere Ansätze der Konzeptualisierung Europas als ‚in the making‘ an, und macht diese für die Analyse der Politik deutscher Gewerkschaften bei Ford zwischen 1967 und 1989 fruchtbar. Seit 1967 entwickelte sich Europa in dem Maße zu einem gewerkschaftlichen Erfahrungsraum bei Ford, wie sich Unternehmensstrukturen- und -strategien durch die Bildung der Holdinggesellschaft ‚Ford of Europe‘ europäisierten. Allerdings ging dies mit einer ‚Nationalisierung‘ von Wahrnehmungs- und Handlungsmustern einher; Europa wurde einerseits als Wettbewerbsraum erfahren, in dem deutsche Werke gegen Ford-Betriebe aus anderen Ländern konkurrieren mussten, und andererseits als Bedrohung deutscher Traditionen der Arbeitsbeziehungen. Der Beitrag verfolgt diesen parallelen Prozess von Europäisierung und ‚Nationalisierung‘ in seiner sich wandelnden Dynamik zwischen den späten 1960er und späten 1980er Jahren. Der Schlussteil gibt einen kurzen Ausblick auf die 1990er Jahre und diskutiert einige weiterführende Fragen, die die Fallstudie für die Gewerkschaftsforschung und allgemeiner für die europäische Zeitgeschichte aufwirft.

Andreas Fickers, Eventing Europe. Europäische Fernseh- und Mediengeschichte als Zeitgeschichte

Ziel dieses Aufsatzes ist es, das Fernsehen als methodologisch anspruchsvolles und gesellschaftshistorisch relevantes Studienobjekt europäischer Zeitgeschichtsschreibung zu thematisieren. Neben einer theoretischen Konzeptionalisierung des Fernsehens als „flow“ und „Dispositiv“ geht es darum, verschiedene Perspektiven vergleichender, transnationaler Mediengeschichtsschreibung im europäischen Kontext aufzuzeigen und auf ihre Relevanz für Fragestellungen der europäischen Zeitgeschichte zu hinterfragen. Am Beispiel des Aufbaus der europäischen Fernsehinfrastruktur in den 1950er Jahren wird im Detail die Komplexität des Ineinandergreifens technischer, institutioneller und symbolischer Faktoren bei der Herausbildung eines europäischen Kommunikationsraumes beschrieben. Neben infrastrukturellen und institutionellen Aspekten, die bei der Integration und Fragmentierung der europäischen Fernsehlandschaft eine bedeutende Rolle gespielt haben, werden aber auch Zirkulations- und Aneignungsprozesse aus der Perspektive transnationalen Kulturtransfers analysiert. Schließlich plädiert der Beitrag für eine verstärkte historische Aufmerksamkeit für die räumliche Dimension von trans- und intermedialen Prozessen bei der Herstellung von medial vermittelten Erfahrungs- und Partizipationsräumen.

Wolfram Kaiser/Christian Salm, Transition und Europäisierung in Spanien und Portugal. Sozial- und christdemokratische Netzwerke im Übergang von der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie

Während die Historiografie der heutigen Europäischen Union noch immer stark staatszentriert ist, hat sich die Gesellschaftsgeschichte Europas seit 1945 noch wenig mit transnationalen Dimensionen befasst und sich kaum für den Integrationsprozess interessiert. Angeregt durch neuere sozialwissenschaftliche Forschungen über die Osterweiterung der EU als Prozess einer umfassenderen ‚Europäisierung‘ Europas, befasst sich dieser Beitrag mit der Rolle von transnationalen politischen Netzwerken in der Elitensozialisierung in Spanien und Portugal im Übergang von der Diktatur zur parlamentarischen Demokratie, der schließlich den EG-Beitritt beider Staaten 1986 ermöglichte. Dabei werden sozial- und christdemokratische Netzwerke politischer Parteien und Stiftungen verglichen. Ein solcher Ansatz erlaubt es, einige vorläufige Hypothesen für die Bedingungen der Formierung von transnationalen Netzwerken sowie einer erfolgreichen Sozialisierung und ‚Europäisierung‘ im Integrationsprozess als gesellschaftliches, nicht nur politisch-institutionelles Phänomen zu entwickeln, und zwar im Vergleich der beiden Parteienfamilien, aber auch zwischen der EG-Süderweiterung und der EU-Osterweiterung in diachroner Perspektive.

Christopher Kopper, Eine komparative Geschichte des Massentourismus im Europa der 1930er bis 1980er Jahre. Deutschland, Frankreich und Großbritannien im Vergleich

Obwohl sich die bundesdeutsche, die französische und die britische Gesellschaft nach 1945 zu Gesellschaften mit einem touristischen Massenkonsum entwickelten, unterschieden sich die Wege und die Einflussfaktoren teilweise erheblich. Anders als in den marktgesteuerten Gesellschaften Großbritanniens und der Bundesrepublik ging der Anfangsimpuls in Frankreich von der gesetzlichen Fixierung von Mindesturlaubszeiten aus, dem die öffentliche Förderung des Sozialtourismus folgte. Auch die Entwicklung von Urlaubszielen und Urlaubsformen wies erhebliche nationale Divergenzen auf. Im Unterschied zu Großbritannien und Deutschland hielt sich die Bedeutung des Urlaubs bei Verwandten und Freunden wie die Präferenz für den Urlaub im Inland bei den Franzosen bis in die Gegenwart. Das nationale Stadt-Land-Gefälle im Urlaubsreisekonsum war lange Zeit stärker ausgeprägt als die internationalen Unterschiede der Reiseintensität.

Thomas Mergel, Die Sehnsucht nach Ähnlichkeit und die Erfahrung der Verschiedenheit. Perspektiven einer Europäischen Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts

Der Aufsatz fragt nach Möglichkeiten, eine Europäische Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts zu schreiben, die die Blockgrenzen und die regionalen Verschiedenheiten transzendiert. Die Sehnsucht nach Gesellschaften, die in sich homogen sind und eindeutige Zugehörigkeiten kennen, war ein gemeinsames Merkmal diktatorischer wie demokratischer Systeme, obgleich diese in den Mitteln zur Erreichung dieses Ziels wenig Ähnlichkeiten aufwiesen. Die Standardisierung von Arbeitswelten, von Bildungs- und Erwerbsbiographien ebenso wie die sozialstaatliche Zuwendung zielten auf Gesellschaften der einander Ähnlichen, ebenso wie die vielfältigen Exklusionen wie insbesondere die Prozesse der Ethnisierung, die in allen europäischen Gesellschaften des 20. Jahrhunderts vor sich gingen. Der vergleichende Blick auf Amerika zeigt, dass in der Vorstellung von Ähnlichkeit etwas spezifisch Europäisches liegt. Dieses Homogenitätsideal kam aber im letzten Jahrhundertdrittel an ein Ende. Individualisierung, kapitalistische Dynamik und große Wanderungsbewegungen ließen Politiken, die auf diese Ähnlichkeit zielten, immer weniger erfolgversprechend wirken. Auch die Vorstellungen der Menschen von einer „guten Gesellschaft“ änderten sich. Die Gesellschaften des kommunistischen Osteuropa konnten diesen Wandel nicht in dem Maß wie die westlichen Gesellschaften mitmachen. An dem dem Kommunismus inhärenten Ideal der Ähnlichkeit aller scheiterten schließlich die osteuropäischen Diktaturen. Jedoch darf nicht übersehen werden, dass die Politik der Homogenität auf anderen Ebenen keineswegs obsolet geworden ist. Insbesondere auf der Ebene der Europäischen Union kann man heute Standardisierungsbestrebungen erkennen, die in mancherlei Hinsicht die älteren nationalstaatlichen Politiken weiterführen.

Patrick Pasture, Religion im zeitgenössischen Europa: Kontrastierende Vorstellungen und Entwicklungen

Zuerst bewertet dieser Artikel kritisch Europas Selbstbild eines säkularen Kontinents, der seine angeborene Diversität durch die Entwicklung von Toleranz überwunden habe. Er identifiziert diese Selbstvorstellung als einen säkularistischen Mythos, der nicht nur den Einfluss, den die christlichen Kirchen auf die europäischen Gesellschaften hatten, ignoriert, sondern auch die totalitären Tendenzen innerhalb der Moderne in Europa unterschätzt. Das Nachkriegseuropa veränderte sich fundamental, als sich die aus dem späten 19. Jahrhundert geerbten sozialen und religiösen Strukturen auflösten. Eine neue sozio-religiöse Landschaft entstand, welche völlig fließend zu sein scheint, weil Individuen nun ihre eigene religiöse Identität selbst bestimmen können und nicht nur die traditionellen Grenzen zwischen

Glaubensgemeinschaften, sondern ebenfalls zwischen dem Geistlichen und dem Weltlichen verschwimmen lassen. Diese Situation könnte paradoxerweise neue Formen der Stabilität hervorbringen, und zwar nicht nur fundamentalistische.

Darüber hinaus diskutiert der Artikel kurz die Bedeutung der europäischen Integration für die religiöse Identität Europas und wirft die Frage der Konvergenz auf. Zusätzlich tritt er dafür ein, die zeitgenössische europäische Geschichte in einer globaleren Perspektive zu diskutieren und dabei Europas koloniale Vergangenheit einzubeziehen.

Kiran Klaus Patel, Integration als Transnationalisierung oder Europäisierung? Die Bundesrepublik in der Agrarintegration der EWG 1957 bis Mitte der 1970er Jahre

Der Beitrag bezieht am Beispiel der Agrarintegration in der EWG die neuere Debatte über transnationale Geschichte auf den europäischen Einigungsprozess in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Konkret untersucht er die spezifischen transnationalen Verflechtungen, die sich für das agrarpolitische Handlungsfeld der Bundesrepublik Deutschland im Prozess der europäischen Integration ausbildeten, und er diskutiert, inwieweit diese als Europäisierung verstanden werden können. Durch eine Analyse von staatlichen wie auch von nichtstaatlichen Akteuren – allen voran dem Deutschen Bauernverband – verweist der Beitrag auf die zahlreichen Widerstände gegen supranationale Integration in der Bundesrepublik. Zudem zeigt er Wege auf, wie der Begriff der Europäisierung für die zeithistorische Forschung fruchtbar gemacht werden kann.

Helke Rausch, Verordnetes Wissen? Amerikanische Forschungsförderung in Deutschland und Frankreich nach 1945 als Moment einer transatlantisch vergleichenden Wissen(schaft)s-geschichte

Eine noch nicht annähernd ausgereizte Möglichkeit, europäische Gesellschafts- als Zeitgeschichte zu schreiben, besteht in einer vergleichenden Untersuchung transatlantischer Wissenschaftskontakte und -transfers. „Europa“ erscheint dabei als dynamischer, heterogener und randoffener, zugleich aber auch als vermachteter Wissensraum. Dieser zentrale Aspekt wird in einem exemplarischen Vergleich von zwei Transfersituationen eingefangen, die sich aus dem intensiven Engagement großer amerikanischer Stiftungen und hier vor allem der Rockefeller-Stiftung im Deutschland und Frankreich der frühen Nachkriegsjahren ergaben. Die doppelte Netzwerkkonstellation wird knapp methodisch reflektiert und danach einer breiteren, gleichzeitig transatlantischen und binneneuropäischen Austauschgeschichte zugeordnet, in der die transnationale Zirkulation von (sozialwissenschaftlichem) Wissen als ein spannungsreicher Gegensatz zu den primär nationalen Infrastrukturen und national konstruierten Wissenschaftskulturen erscheint. Zuletzt wird die Kontaktsituation zwischen

US-Philanthropen und deutschen bzw. französischen Wissenschaftlern in ihren unmittelbaren, dezidiert national(staatlichen) Rahmenbedingungen beleuchtet. Die transatlantischen Nachkriegskontakte gingen demnach in beiden Fällen nicht darin auf, dass die Philanthropen sozialwissenschaftliche Wissensmodelle über den Atlantik hinweg verordneten. Trotz ihres drastischen Ressourcenvorsprungs mussten sie sich auf unterschiedliche (wissenschafts)politische und intellektuelle Rahmenbedingungen sowie auf die Eigeninteressen und Handlungsabsichten deutscher wie französischer Sozialwissenschaftler einlassen. Aus der Kombination von vergleichender und Transferperspektive, die die lange Dauer vorgängiger, paralleler und gegenläufiger Austauschdynamiken ebenso einzubeziehen versucht wie die Einwirkung asymmetrischer Machtverteilung, ergeben sich neue Möglichkeiten für das Konzept einer europäischen Gesellschaftsgeschichte als Geschichte gesellschaftsrelevanter sozialwissenschaftlicher Wissenszirkulation.

Friederike Sattler, Europäische Wirtschaftseliten? Unternehmensstrukturen, Sozialprofile und Leitbilder im beschleunigten Wandel seit den 1970er Jahren

Die seit den 1970er Jahren markant gewachsene Zahl inter- und transnational agierender Unternehmen mit Sitz in Europa legt es nahe, davon auszugehen, dass sich inzwischen auch transnationale – europäische oder globale – Wirtschaftseliten herausgebildet haben. Sind die europäischen Wirtschaftseliten also dabei, sich immer stärker aus den sozialen Kontexten ihrer jeweiligen nationalen Gesellschaften herauszuziehen? Beim Versuch der Beantwortung dieser Frage geht der Beitrag von der These aus, dass die dritte – elektronisch-digitale – Industrielle Revolution einen sowohl in den korporatistisch-keynesianisch verfassten Wohlfahrtsstaaten Westeuropas als auch in die zentralplanwirtschaftlich verfassten Staatssozialismen Ostmitteleuropas festzustellenden Wandel auslöste, der erhebliche Wirkungen auf Unternehmensstrukturen, Sozialprofile und Leitbilder der Wirtschaftseliten entfaltete. Gefragt wird nach den grundlegenden Unterschieden, aber auch den bisher kaum beachteten Gemeinsamkeiten, die sich dabei über die politische Epochenschwelle des Jahres 1989 hinweg beobachten lassen. Abschließend wird erörtert, ob sich tatsächlich transnationale europäische Wirtschaftseliten herausgebildet haben und mit welchen Konzepten von Funktions-, Positions- oder Machteliten sie gegebenenfalls beschrieben und analysiert werden könnten.

Imke Sturm-Martin, Annäherung in der Diversität: Europäische Gesellschaften und neue Zuwanderung seit dem Zweiten Weltkrieg

Migration hat die europäischen Gesellschaften im 20. Jahrhundert nachhaltig verändert. In diesem Zeitraum wird Europa vom Auswanderungs- zum Einwanderungskontinent. Der Artikel untersucht, inwieweit ein europäischer Blickwinkel auf das Migrationsgeschehen seit der Wachstumsphase nach der Jahrhundertmitte möglich ist, wo nationale Besonderheiten zu verorten sind und wie eine europäische Chronologie der Migration aussehen könnte. Während sich die Situationen eingewanderter Minderheiten wie auch die Reaktionen der Aufnahmegesellschaften in der Gegenwart in vielen europäischen Ländern ähneln, bestehen am Beginn der Entwicklung des europäischen Kontinents zu einer Zielregion globaler Wanderung große nationale Unterschiede. Frankreich und Großbritannien sind als erste europäische Länder mit einer außereuropäischen Zuwanderung konfrontiert und schlagen unterschiedliche Wege einer Einwanderungs- und Minderheitenpolitik ein. Zur gleichen Zeit sind die meisten anderen europäischen Länder als Entsende- oder Aufnahmeländer an einem über zwei Jahrzehnte aufrechterhaltenen System der Gastarbeiterbeschäftigung beteiligt. Das imperiale Erbe verliert erst seit den 1970er Jahren an Bedeutung, als gleichzeitig mit der Europäisierung der Gesellschaften auch die Europäisierung des Migrationsgeschehens deutlich an Geschwindigkeit zulegt.

Guido Thiemeyer, Die Integration der Donau-Schifffahrt als Problem der europäischen Zeitgeschichte

Der Beitrag beschäftigt sich mit der politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Integration der Binnenschifffahrt an der Donau, die bislang von der Geschichtswissenschaft nicht beachtet wurde. Er kommt anhand dieses Beispiels zu drei Kernthesen: Erstens bleibt die europäische Zeitgeschichte unvollständig, wenn man sie auf die Zeit nach 1945 beschränkt. Die ökonomische und gesellschaftliche Integration Europas im Sinne einer Angleichung und Verflechtung der europäischen Gesellschaften begann in der Mitte des 19. Jahrhunderts und wurde durch die Epoche der Weltkriege (1914 bis 1945) unterbrochen. Zweitens kann die in der Historiografie bestehende scharfe Trennung zwischen politischer, wirtschaftlich-gesellschaftlicher und kultureller Geschichte nicht aufrecht erhalten werden. Erst wenn man alle drei Dimensionen in ihren Wechselwirkungen betrachtet, nähert man sich dem an, was europäische Geschichte ausmacht. Drittens sollte die europäische Zeitgeschichte beachten, dass es trotz der Trennung Europas im Ost-West-Konflikt zwischen 1945 und 1990 Integrationsprozesse zwischen den Blöcken gab. Ihre Erforschung steckt erst in den Anfängen.

Frank Trentmann, Die lange Geschichte der zeitgenössischen Konsumgesellschaft. Chronologien, Praktiken und Politiken im modernen Europa

Dieser Artikel fordert konventionelle Darstellungen heraus, welche die Konsumgesellschaft als einen neuartigen Bruch mit der modernen Klassengesellschaft im Zeitalter des Wohlstandes nach dem Zweiten Weltkrieg darstellen. Solche Stufentheorien sind problematisch. Sich auf eine Mischung empirischer und interdisziplinärer Studien stützend, erforscht der Artikel die ältere Geschichte des Konsums, den transnationalen Austausch sowie nationale Diversifizierungen. Neben Auswahloptionen („choice“) und Gütern hebt er die Rolle von Routinen und alltäglichen Praktiken für die Entwicklung des Konsums im Osten sowie im Westen hervor. Konsumkulturen waren und sind divers. Ältere Theorien, von Veblen über Adorno bis zu Bourdieu, bieten keine zufriedenstellenden Ansätze mehr. Für Historiker ist es lohnenswert, wenn sie den Unterschieden, sowohl innerhalb als auch außerhalb einer Gesellschaft, sowie der Rolle von Generationen, den zeitlichen Dynamiken und dem Nutzen der Dinge, größere Aufmerksamkeit schenken.

Kerstin von Lingen, Erfahrung und Erinnerung. Gründungsmythos und Selbstverständnis von Gesellschaften in Europa nach 1945

Nationale Identität basiert auf dem Umgang mit historischen Erfahrungen und deren Deutungen. Am Beispiel des Umgangs der europäischen Staaten mit den Erfahrungen und Hinterlassenschaften des Zweiten Weltkriegs, den politischen Transformationsprozessen im Kontext des beginnenden Kalten Krieges sowie den internen Debatten nationaler Gesellschaften um Schuld und Sühne und die Neuausrichtung des Nachkriegsstaates lässt sich zeigen, in wie starkem Maß politische Entscheidungen durch Identitätskonstruktionen legitimiert und ramifiziert werden.

Der Beitrag bietet zunächst einen Einstieg in die Theorie der Erinnerung und zeigt sodann an vielfältigen Beispielen den Umgang mit der Kriegserfahrung in den verschiedenen Ländern Europas nach 1945. Bezugspunkt ist dabei die Herausbildung eines Gründungsmythos in den Nachkriegsstaaten und dessen Verankerung in der Kriegs- und Besatzungserfahrung. Besondere Verwerfungen ergeben sich in den Ländern des ehemaligen Ostblocks, in denen eine doppelte staatliche Transformationsphase, nach 1945 und nach 1990, auch eine veränderte Sichtweise auf den Zweiten Weltkrieg erlaubte. Die gesellschaftlichen Debatten über den Umgang mit nationalen Gründungsmythen und deren Modifikation durch Diskussionen über bisher verdrängte Kriegserfahrungen haben sich seit einigen Jahren, vor allem seit der Konferenz von Stockholm im Jahr 2000, auf eine internationale Ebene verlagert. ‚Erinnerung‘ wird zunehmend zu einer Referenz auf einen verbindlichen, globalen

Wertekanon, und insbesondere der Verweis auf den Nationalsozialismus als dem „Bösen schlechthin“ zum Movens gemeinsamen, zukünftigen Handelns – wie auch zur versöhnenden Geste über den Gräbern und gegenüber den noch lebenden Opfern.

Benjamin Ziemann, Ein Quäntchen Trost? Europäische Friedensbewegungen während des Kalten Krieges und ihre Wahlverwandtschaften

Der Aufsatz diskutiert die europäische Dimension der Proteste gegen Atomwaffen in Europa während des Kalten Krieges. In konzeptioneller Hinsicht kritisiert er Versuche, die Mobilisierung der Friedensbewegung in den frühen 1980er Jahren als Resultat eines Wertewandels hin zu post-materialistischen Werten zu erklären. Im Gegensatz zu dieser Interpretation betonten Friedensaktivisten, und hier insbesondere von Frauen getragene Proteste, die materielle Benachteiligung, die sie als Ergebnis der Ausgaben für die Nuklearrüstung erlitten. Die erste Welle antinuklearer Proteste bis 1963 entwickelte zwar substanzielle transnationale Kontakte, behielt aber mit Blick auf ihren europäischen Charakter eine Orientierung am Nationalstaat als Identitätsraum bei. Während der Mobilisierung gegen die Stationierung von Cruise Missiles in den frühen 1980er Jahren entstand ein zunehmend dichtes Netzwerk von grenzüberschreitenden Kontakten, das vor allem auf Wahlverwandtschaften beispielsweise zwischen Akteuren gleicher Konfession oder mit gleichem professionellem Hintergrund beruhte. Versuche, Akteure der Friedensbewegung auf beiden Seiten des Eisernen Vorhangs in einer ‚détente von unten‘ miteinander zu verbinden, wurden durch praktische Probleme und durch divergierende Perzeptionen der politischen Situation behindert. Selbst in einer Situation, in der Protestakteure sich über Grenzen hinweg austauschten und ihre Anstrengungen koordinierten, verbanden sie sich nicht umstandslos zu einer europäischen Zivilgesellschaft. Akteure der Proteste gegen Atomwaffen, so argumentiert der Aufsatz, konstituierten kein europäisches Subjekt.